

Suhrkamp Verlag

Leseprobe



Dippel, Horst
Die Amerikanische Revolution 1763–1787

© Suhrkamp Verlag
edition suhrkamp 1263
978-3-518-11263-2

es 1263

edition suhrkamp

Neue Folge Band 263

Neue Historische Bibliothek
Herausgegeben von Hans-Ulrich Wehler

Die Amerikanische Revolution stellt die eigentliche Geburtsstunde der Vereinigten Staaten von Amerika dar, deren in diesem Zusammenhang proklamierten Zielvorstellungen sich das Land auch heute noch verpflichtet fühlt. In der vorliegenden Studie werden die ökonomischen, sozialen und politischen Bedingungen und Abläufe im Vorfeld der Amerikanischen Revolution sowohl im englischen Mutterland als auch in den amerikanischen Kolonien untersucht, die Entwicklung in deren Beziehungen dargestellt sowie die Stationen des politischen, des Sozial- und des Verfassungskonflikts auf dem Höhepunkt der Revolution analysiert.

Horst Dippel, geb. 1942, ist Privatdozent für Neuere Geschichte an den Universitäten Hamburg und Göttingen.

Horst Dippel
Die Amerikanische Revolution
1763-1787

Suhrkamp

8. Auflage 2015

Erste Auflage 1985

edition suhrkamp 1263

Neue Folge Band 263

© Suhrkamp Verlag Frankfurt am Main 1985

Suhrkamp Taschenbuch Verlag

Alle Rechte vorbehalten, insbesondere das der Übersetzung,
des öffentlichen Vortrags sowie der Übertragung
durch Rundfunk und Fernsehen, auch einzelner Teile.

Kein Teil des Werkes darf in irgendeiner Form
(durch Fotografie, Mikrofilm oder andere Verfahren)

ohne schriftliche Genehmigung des Verlages
reproduziert oder unter Verwendung elektronischer Systeme
verarbeitet, vervielfältigt oder verbreitet werden.

Printed in Germany

Umschlag gestaltet nach einem Konzept

von Willy Fleckhaus: Rolf Staudt

ISBN 978-3-518-11263-2

Inhalt

Vorwort 7

I. Einleitung

II. Vorbedingungen der kolonialen Entwicklung

1. Instabilität der Kolonialherrschaft 18
2. Entwicklung von Gesellschaft und Wirtschaft 27
3. Die äußeren Faktoren 36

III. Die Krise der Kolonialherrschaft (1763-1775)

1. Der Handlungsablauf 44
2. Die Krise: Ausdruck eines paranoiden Syndroms? 62

IV. Der Konflikt mit dem Mutterland und die Auseinandersetzungen im Innern (1775-1787)

1. Der Unabhängigkeitskrieg gegen England 70
2. Der Sozialkonflikt als Ausdruck gesellschaftlicher Spannungen 81
3. Der Verfassungskonflikt um die Prinzipien der innenpolitischen Neuordnung 91
4. »The harmony we were famous for«? 102

V. Die Bedeutung der Amerikanischen Revolution

Anmerkungen 121

Quellen- und Literaturverzeichnis 127

Vorwort

Der vorliegende Band ist das Ergebnis einer jahrzehntelangen Auseinandersetzung mit der Amerikanischen Revolution, zu der im Laufe der Jahre viele auf die eine oder andere Weise beigetragen haben. Die erste persönliche Einführung erhielt ich seinerzeit von Erich Angermann, und indem sie mir zuhörten und mir ihre Gedanken weitergaben, haben im Laufe der Jahre Willi Paul Adams, Bernard Bailyn, Jack P. Greene, Jesse Lemisch, Edmund S. Morgan, Richard B. Morris, Gary Nash, Hans-Christoph Schröder, Gerald Stourzh u. a. nachhaltig zur Vervollständigung meines Bildes von der Amerikanischen Revolution beigetragen. Ihnen allen sei an dieser Stelle dafür aufrichtig gedankt. Ein ganz besonderer Dank gebührt schließlich meinem verehrten Lehrer Rudolf Vierhaus für stundenlange, stets anregende Gespräche, deren Inhalte an vielen Stellen dieses Essays ihren Niederschlag gefunden haben, während für Fehler die Verantwortung allein bei mir liegt.

Ein letzter, unvollkommener Dank gebührt schließlich meiner lieben Frau – für alles.

Göttingen, im Juli 1984

Horst Dippel

I. Einleitung

Einer der führenden amerikanischen liberalen Historiker seiner Zeit, Louis Hartz, stellte in einer Rede vor dem Außenpolitischen Ausschuß des amerikanischen Senats 1968 fest, daß die liberale politische Kultur des Landes durch die puritanische Einwanderung im 17. Jahrhundert und nicht durch eine soziale Revolution begründet worden sei, und deshalb sei es, fuhr er fort, für die Amerikaner so schwierig, sozialrevolutionäre Bewegungen in anderen Teilen der Welt zu begreifen.¹

Selbst wenn man dieser Beurteilung der puritanischen Einwanderung beizupflichten bereit ist, deren Bedeutung für das Werden Amerikas und das nationale Selbstverständnis bis zum heutigen Tag in geradezu umgekehrtem Verhältnis zur eher geringen Zahl der Mitglieder dieser protestantischen Sekte steht – einen ausgeprägten Hang zu politischer, geistiger oder kultureller Liberalität haben weder die Zeitgenossen noch spätere Forscher an ihnen feststellen können. Dennoch wohnt ihrem Denken eine ganz besondere Art von Radikalität inne, die sich in der Puritanischen Revolution in England in den vierziger und fünfziger Jahren des 17. Jahrhunderts ebenso niederschlug wie in Neuengland, insbesondere in Massachusetts, ihrem bevorzugten Siedlungsgebiet in Nordamerika im 17. und 18. Jahrhundert. So gesehen hat ihre Einwanderung nach Nordamerika mit einer Wirkungskraft über die engen Siedlungsgrenzen hinaus – obwohl zeitlich vor der Puritanischen Revolution Englands liegend – diese in Amerika gleichsam vorweggenommen und ihre Errungenschaften, die in ihrer Tendenz langfristig eine Liberalisierung des politischen Lebens beinhalteten, in Neuengland verankert, noch bevor sie in England erkämpft waren.

Louis Hartz wäre jedoch kein namhafter Historiker, wäre seine Auffassung von dem geradezu natürlichen Charakter der politischen Liberalität Amerikas von Anbeginn an nicht in hohem Maße Ausdruck des Denkens seiner Zeit. Gerade in den fünfziger und sechziger Jahren dieses Jahrhunderts, zur Zeit der außenpolitischen Kontroversen im Kalten Krieg und eines in der Eskalation des Vietnam-Krieges schließlich nach innen zurückschlagenden Konflikts, erhielt der Konsens über die Grundwerte der

Nation getreu der immanenten Dialektik dieses politischen Liberalismus den Rang einer patriotischen Tugend. Eine Revolution paßte da schlecht ins Bild, eine soziale schon gar nicht. Wenn dabei die eigene Vergangenheit betroffen war, entsprach es den Auffassungen der Zeit, diese Revolution »wegzuinterpretieren« und statt dessen das Bild einer großen Eintracht und eines alle umfassenden Konsenses politischer Liberalität zu entwerfen. Was sich dem im 18. Jahrhundert entgegengestellt hatte, war gewissermaßen das Unamerikanische – die Engländer und ihre Söldlinge. Außerhalb der Vereinigten Staaten hatten die Historiker es leichter; man eliminierte den Ausdruck »Amerikanische Revolution« ganz und sprach nur noch von einem Unabhängigkeitskrieg oder vom »Nordamerikanischen Freiheitskrieg«²; ein Begriff, der vermeintliche Analogien zu den sog. deutschen Befreiungskriegen von 1813/14 suggerieren mochte und in vergleichbarer Weise als der Beginn einer neuen staatlichen Ordnung interpretiert werden konnte.

Selbst wenn man eine so weitreichende, historisch fragwürdige Schlußfolgerung nicht ziehen wollte, hatte der politische Liberalismus der sechziger Jahre *de facto* die Zweiteilung des Phänomens »Revolution« in »gute« und »schlechte« Revolutionen propagiert. Als »gut« konnten Revolutionen gelten, wenn sie politisch auf der Linie dieses angloamerikanischen Liberalismus lagen und die bestehende gesellschaftliche Ordnung in ihrer sozialen Hierarchie und ihrer Verankerung im bürgerlichen Eigentumsbegriff im Kern unangetastet ließen. »Schlechte« Revolutionen zeigten nicht nur keinen Respekt vor dieser Ordnung mit ihrer sozioökonomischen Elite an der Spitze, sie bekämpften sie bewußt und übten Gewalt und menschenverachtenden Terror im Dienst einer höheren Ideologie aus. Mit diesen Argumenten hatte der bekannte deutsche konservative Publizist Friedrich v. Gentz schon im Jahre 1800 die Französische Revolution gegeißelt und ihr als leuchtendes Vorbild die Amerikanische Revolution gegenübergestellt, was von amerikanischen Zeitgenossen mit großer Zustimmung aufgenommen wurde. Mit den gleichen Argumenten ließ sich die kubanische Revolution von 1959 brandmarken, und es war wohl kein Zufall, daß ausgerechnet in der zweiten Hälfte des Jahres 1959 die Schrift von Gentz in den Vereinigten Staaten neu aufgelegt wurde, erweitert um einige Betrachtungen über die Russische Revolution.

Die heutigen wissenschaftlichen Revolutionstheorien gehen in der Regel nicht von einer derart schlichten Zweiteilung des Phänomens »Revolution« aus. Wenn auch im wesentlichen Einigkeit darüber besteht, daß unter Revolution eine »tiefgreifende Änderung«, »eine grundlegende Umgestaltung der gesellschaftlichen Struktur, der politischen Organisation sowie der kulturellen Wertvorstellungen in einem bestimmten geographischen Bereich« zu verstehen sei, die »eine besondere Form des historischen Wandels« darstelle³, klaffen doch die verschiedenen Theorien in der Frage der konstitutiven Merkmale von Revolution weit auseinander. Gerade diese Situation erleichtert das Einfließen politisch normativer Wertvorstellungen in die Auseinandersetzung um das Phänomen »Revolution«, bietet aber zugleich die Möglichkeit, sehr verschiedenartige Formen dieses besonderen historischen Wandels unter diesem Begriff zu subsumieren. Dazu gehört auch die Amerikanische Revolution, an deren Charakter als Revolution heute in der Regel keine ernsthaften Zweifel mehr vorgebracht werden.

Als Antithese zu bestehenden staatlichen Ordnungsprinzipien befindet sich der Begriff »Revolution« zwangsläufig in sehr viel stärkerem Maße als andere politisch-soziale Begriffe in einem ständigen, mitunter vorübergehend überlagerten, letztlich jedoch unauflöslichen Spannungsverhältnis zu den jeweils herrschenden Zeitauffassungen. Er entzieht sich auf diese Weise weitgehend einer Zeit und Raum übergreifenden, allgemeingültigen Theorie, da dieses Spannungsverhältnis, das selbst dem Wandel unterworfen ist, zu immer wieder neuen Deutungen des Phänomens »Revolution« zwingt. Es ist daher bereits im Ansatz verfehlt, Frankreich vorzuwerfen, sein Verhältnis zu seiner Revolution von 1789 bis heute praktisch nicht aus dem Schatten parteipolitischer Kontroversen herausgeführt zu haben, wogegen die Amerikaner immer mit großer Einmütigkeit ihre Revolution als Moment nationaler Selbstidentifikation betrachtet hätten.

Eine derartige Auffassung in bezug auf Amerika täuscht lediglich über die erheblichen Schwankungen während der zurückliegenden zweihundert Jahre in der Bewertung der eigenen revolutionären Vergangenheit hinweg. Was zunächst etwa von David Ramsay (*History of the American Revolution*, Philadelphia 1789) oder Mason L. Weems (*Life of George Washington*, Georgetown 1800) als das Heroische, geradezu Übermenschliche hingestellt

und unkritisch gefeiert worden war, geriet schon bald mit den heftiger werdenden innenpolitischen Kontroversen zwischen den Föderalisten um Alexander Hamilton und John Adams sowie den Republikanern um Thomas Jefferson zum Streit um Auslegung und Wahrung des revolutionären Erbes und der Gründungsprinzipien der Union, die der eigentliche Inhalt des mehrbändigen Werks von Mercy Otis Warren (*History of the Rise, Progress and Termination of the American Revolution*, Boston 1805) waren.

Diese Auseinandersetzung um die rechte Interpretation der Amerikanischen Revolution und ihrer Bedeutung für die eigene Zeit hat ungeachtet einer zunehmenden Verwissenschaftlichung der Kontroverse die Jahrzehnte bis zum Bürgerkrieg (1861 bis 1865) geprägt. Praktisch war es George Bancroft, dem bedeutendsten Interpreten amerikanischer Geschichte im 19. Jahrhundert, vorbehalten, in seiner groß angelegten, zwölfbändigen *History of the United States, from the Discovery of the American Continent* (Boston 1834-1882), deren letzten beiden Bände der Revolution und der Entstehung der Bundesverfassung von 1787 gewidmet waren, im Rahmen einer veränderten innenpolitischen Situation aus dieser Kontroverse herauszuführen und das Tor zu einer großartig erscheinenden Zukunft aufzustoßen: Die ganze amerikanische Geschichte seit der Gründung der Kolonien, und darin harmonisch eingebettet die Amerikanische Revolution, sei unwiderlegbarer Ausdruck des unaufhaltsamen Triumphzuges der Demokratie in der Welt.

Obwohl es interpretatorisch nur als ein kleiner Schritt von Bancroft und den Jahren nach dem Bürgerkrieg zu Hartz und den sog. Konsens-Historikern der fünfziger und sechziger Jahre unseres Jahrhunderts erscheinen mag, verlief die Revolutionsgeschichtsschreibung der Zwischenzeit jedoch keineswegs geradlinig. Das Zeitalter der amerikanischen Hochindustrialisierung gegen Ende des 19. Jahrhunderts hatte die politischen, ökonomisch-sozialen wie regionalen Konflikte des Landes in verstärkter Form wieder aufleben lassen, und die Amerikanische Revolution erschien in dieser Situation erneut, wie etwa bei dem einflußreichen Populärhistoriker John Fiske (*The Critical Period of American History 1783-1789*, Boston 1888) als Ausdruck innerer Gegensätzlichkeit, ja als Sieg des gebildeten, urbanen Ostens über den rückständigen, agrarischen Westen.

Diese Konfliktinterpretation der Amerikanischen Revolution

verstärkte sich in den folgenden Jahrzehnten im Zeichen einer kraftvollen innenpolitischen Reformbewegung, der sog. Progressiven Bewegung, zwischen der Jahrhundertwende und den zwanziger Jahren, als sie allmählich an Einfluß verlor. Vor allem drei Historiker dieser Epoche haben die Diskussion um die Amerikanische Revolution in der einen oder anderen Weise bis in unsere Zeit geprägt: Carl L. Becker, Charles A. Beard und J. Franklin Jameson. In seinem einflußreichen Werk *The History of Political Parties in the Province of New York, 1760-1776* (Madison/Wisc. 1909) kam Becker zu der bis heute umstrittenen Feststellung, in der Amerikanischen Revolution sei es nicht allein um »Home Rule«, sondern auch um das Problem gegangen, »who should rule at home«, also neben der politischen Unabhängigkeit von England zugleich um einen soziopolitischen Konflikt im Innern um Macht und politische Partizipation.

Diese diametral entgegengesetzte Position zur whiggistischen Interpretation eines Bancroft oder Hartz hat Charles A. Beard noch vertieft. Sein geradezu als sensationell empfundenes Werk *An Economic Interpretation of the Constitution of the United States* (N. Y. 1913) ging von den ökonomischen Konflikten im Amerika der achtziger Jahre des 18. Jahrhunderts aus und fragte nach den wirtschaftlichen Interessen der Mitglieder der Verfassungsgebenden Versammlung von 1787. Er kam zu dem Ergebnis, daß sie über weithin identische ökonomische Interessen verfügten und daß ihnen als Besitzer staatlicher Schuldverschreibungen die von ihnen konzipierte Verfassung durchaus ökonomischen Nutzen brachte.

Der dritte herausragende Revolutionshistoriker dieser Epoche war J. Franklin Jameson, der Ende 1925 vier Vorträge an der Princeton Universität hielt; sie wurden dann als ein zwar schmales, aber höchst aufregendes Bändchen unter dem Titel *The American Revolution Considered as a Social Movement* (Princeton 1926) publiziert. Auch für ihn war die Revolution mehr als ein reiner Unabhängigkeitskrieg mit der Konsequenz der verfassungsmäßigen Neuordnung Amerikas: »Die Beziehungen der sozialen Klassen zueinander, die Institution der Sklaverei, das System des Grundbesitzes, der Gang der Geschäfte, die Formen und Inhalte des intellektuellen und religiösen Lebens, alle fühlten die umwandelnde Hand der Revolution und alle gingen aus ihr in Gestalten hervor, die um etliche Grade denen nähergerückt wa-

ren, wie wir sie heute kennen.«⁴

Auch wenn Jameson den Ausdruck »Sozialrevolution« umging und sich durchaus des konservativeren Charakters der Amerikanischen im Vergleich zur Französischen Revolution bewußt war, stieß seine Konfliktinterpretation der Amerikanischen Revolution genauso auf den vehementen Widerstand der Konservativen und der liberalen Mitte, wie das den Deutungen Beckers und des »Marxisten« Beard widerfahren war. Statt Klassenkämpfen um die politische Macht, Verfolgung »niederer« ökonomischer Interessen oder der Austragung von Sozialkonflikten – der Abgrund der Französischen und der noch ungleich lebendigeren Russischen Revolution schien dem erschrockenen Leser schon bedrohlich nahegerückt – galt es, im Zeichen des Kalten Krieges westliche Überlegenheit zu demonstrieren und Einheit, Freiheit, Demokratie und Verfassungsstaatlichkeit zu betonen. Die Revolutionsgeschichtsschreibung zumal der fünfziger Jahre steht daher eindeutig unter der primären Zielsetzung, statt die Revolution neu zu interpretieren, Beard und die übrigen progressiven Historiker zu widerlegen.

So erschienen in rascher Folge ein Aufsatz von Frederick B. Tolles, *The American Revolution Considered as a Social Movement: A Re-Evaluation* (*American Historical Review* 60. 1954/55, 1-12), eine Untersuchung von Robert E. Brown, *Middle-Class Democracy and the Revolution in Massachusetts, 1691-1780* (Ithaca/N. Y. 1955) und ein Buch von Forrest McDonald, *We the People: The Economic Origins of the Constitution* (Chicago 1958), die zusammen mit anderen Abhandlungen beabsichtigten, den Sozialkonflikt zur Bedeutungslosigkeit herunterzuspielen, den Nachweis verbreiteter Demokratie im kolonialen Amerika zu liefern und ökonomische Aspekte als für den Gang der Revolution bedeutungslos erscheinen zu lassen.

Damit war der Weg freigelegt für das, was erneut als das Wesen der Amerikanischen Revolution erschien und Hartz bereits 1956 zum Titel eines Buches gemacht hatte: *The Liberal Tradition in America*. Die Revolution galt als Ausdruck freiheitlicher Grundprinzipien in Politik und Gesellschaft, verankert in einmütig vom Volk entworfenen und gebilligten Verfassungen, welche die Sicherung der Rechte des einzelnen und die Abwehr jeder Form von Tyrannei zum Ziel hatten und der Menschheit den Weg in eine glücklichere Zukunft wiesen; kein Kampf um Macht, Posi-

tionen, politische Partizipation oder sozioökonomischen Wandel.

Die bedeutendste Interpretation der Amerikanischen Revolution gemäß dieser Grundposition hat Bernard Bailyn unter dem Titel *Ideological Origins of the American Revolution* (Cambridge/Mass. 1967) vorgelegt, deren prägender Einfluß auf die Diskussion in den späten sechziger und in den siebziger Jahren unverkennbar ist. Nach seiner Überzeugung war die Amerikanische Revolution »vor allem anderen ein ideologischer, verfassungsrechtlicher, politischer Kampf und nicht vorrangig eine Auseinandersetzung zwischen sozialen Gruppen, unternommen um Veränderungen in der Organisation der Gesellschaft oder Wirtschaft zu erzwingen«.⁵

Diese neowhiggistische Konsens- oder Ideologieinterpretation ist in den folgenden Jahren durch eine Fülle von Arbeiten unterstützt worden, aus denen die Untersuchungen von Gordon S. Wood (*The Creation of the American Republic, 1776-1787*, Chapel Hill 1969) und von J. G. A. Pocock hervorragen, insbesondere sein monumentales Werk *The Machiavellian Moment. Florentine Political Thought and the Atlantic Republican Tradition* (Princeton 1975). Ihnen allen ist gemein, daß sie die Amerikanische Revolution letztlich von ihren ideellen Wurzeln her begreifen und als ausschließlich politisch-verfassungsrechtlichen Konflikt um die richtige Regierungsform interpretieren. In ihrer Sicht einte die Amerikaner ein liberal-individualistischer Grundkonsens, woraus diese Autoren folgern, daß Sozialkonflikte keine das Wesen der Amerikanischen Revolution beeinflussende Rolle spielten.

Es kann nicht verwundern, daß die tiefgreifenden Konflikte innerhalb der amerikanischen Gesellschaft in der zweiten Hälfte der sechziger Jahre und in den siebziger Jahren die Frage nach der Revolution neu stellten und damit wachsende Zweifel an der liberalen Konsens-Interpretation aufkommen ließen, als deren Ergebnis die Rolle des Konflikts in der Amerikanischen Revolution erneut stärkere Beachtung findet. Zu den wichtigsten seither erschienenen Werken gehören Richard A. Ryerson, *The Revolution is now Begun. The Radical Committees of Philadelphia, 1765-1776* (Philadelphia 1978), Gary B. Nash, *The Urban Crucible. Social Change, Political Consciousness, and the Origins of the American Revolution* (Cambridge/Mass. 1979), Edward Countryman, *A People in Revolution. The American Revolution and*

Political Society in New York, 1760-1790 (Baltimore 1981), A. R. Ekirch, »*Poor Carolina*«: *Politics and Society in Colonial North Carolina, 1729-1776* (Chapel Hill 1981), Rhys Isaac, *The Transformation of Virginia 1740-1790* (Chapel Hill 1982), u. a. Obwohl ihnen die Forschungsansätze der progressiven Historiker ungleich bedeutsamer erscheinen, als sie es nach der Überzeugung der Konsens-Historiker waren, stellen ihre Arbeiten keine pauschale Rückkehr zu den wissenschaftlichen Positionen des Jahrhundertbeginns dar. Vielmehr versuchen sie, mit neuen Methoden und erweiterten Fragen den Blick, über den ideologischen Bereich hinausgehend, auf die Mittel- und unteren Mittelschichten – *the people* – auszuweiten und damit zu einem vertieften und differenzierteren Verständnis der Amerikanischen Revolution beizutragen. Im Einklang mit modernen soziologischen Konflikttheorien bilden daher soziale und ökonomische Konflikte einen erheblichen Teil ihrer Darstellungen, so daß wir im Zuge dieser Arbeiten offensichtlich gegenwärtig in ein neues Stadium der Interpretation der Amerikanischen Revolution eingetreten sind.

In diesen konträren Interpretationen der Amerikanischen Revolution wird ihre Rolle im nationalen Selbstverständnis der Vereinigten Staaten immer deutlicher. Die Amerikanische Revolution ist heute in der politischen Kultur des Landes zu einem Mythos geworden, der ihre historische Existenz zwar nicht, wie früher mitunter geschehen, lieber in Abrede stellen möchte, der jedoch bemüht ist, die konkrete Ausformung in ihrer Zeit durch die herrschende politische Ideologie der Gegenwart zu ersetzen. Dieser Mythos der Amerikanischen Revolution, und dafür mag der eingangs zitierte Hartz bis in unsere, politisch unter anderen Vorzeichen stehenden Tage als Beispiel dienen, speist immer wieder jene Vorstellung, daß das gemeinsame machtvolle »Anpacken« eines Problems geradezu automatisch zu seiner Lösung führen wird, daß Einsatz und Erfolg in einer direkten Beziehung zueinander stehen, wo doch die komplexere Situation Europas diesen naiv-optimistischen Aufklärungsglauben spätestens mit der Französischen Revolution unwiederbringlich zerstört hat.

Die Geschichte der Amerikanischen Revolution in den Vereinigten Staaten von heute hat daher eine doppelte Bedeutung: einmal als realhistorischer Vorgang, der vor rund zweihundert Jahren zur Gründung der Vereinigten Staaten von Amerika führte, zum anderen als Mythos, dessen Ausbildung noch im späten 18. Jahr-

hundert einsetzte und der heute fester Bestandteil der politischen Kultur des Landes und des Selbstverständnisses der Nation geworden ist und in ritualisierter Form jedes Jahr in den Feiern zum 4. Juli neu beschworen wird.

Dieser bewußt knapp gehaltene Band beschäftigt sich allein mit dem ersten Problemkreis, mit der Geschichte der Amerikanischen Revolution vor allem in den Jahren zwischen 1763 und 1787. Er geht dabei von der im folgenden zu belegenden Prämisse aus, daß es sich bei der Amerikanischen Revolution um mehr als um einen reinen Unabhängigkeitskrieg handelte, daß vielmehr für sie gilt, was für alle einschneidenden Revolutionen zutrifft, daß sie jeweils besonders drastische Zäsuren in der historischen Entwicklung eines Landes darstellen, deren Herausforderung sich auch nachfolgende Generationen nicht zu entziehen vermögen. In ihnen verdichtet sich historisches Geschehen in einer Weise, daß aus akutem, mitunter eher banalem Anlaß die Entwicklungsprobleme oft von Jahrhunderten eruptiv aufbrechen und eine Konzentration menschlichen Handelns herbeiführen, wie es außerhalb von Revolutionen kaum wieder erreicht wird. Auch die Amerikanische Revolution stellt daher eine Art Gradmesser zur Bewertung sowohl der sozioökonomischen Probleme des Landes als auch des Ausmaßes der politischen Reife seiner Bevölkerung dar, also zur Beurteilung der politischen Kultur Amerikas in der zweiten Hälfte des 18. Jahrhunderts.

Wenn auch beide Faktoren bewirkt haben, daß die Amerikanische Revolution letztlich nicht zu einem Krieg von »arm« gegen »reich« wurde, muß im Zentrum der folgenden, mitunter thesenartig verkürzten Betrachtungen das soziale Gefüge der Kolonien und nachfolgenden Staaten mit seinem immanenten Konfliktpotential stehen, da, wie in jeder Gesellschaft, erst die Verdeutlichung der Austragung dieses innergesellschaftlichen Konflikts die Einordnung seiner Ergebnisse in einen größeren Zusammenhang und damit die Bewertung der nationalen wie globalen Bedeutung der Amerikanischen Revolution ermöglicht.

II. Vorbedingungen der kolonialen Entwicklung

Die Amerikanische Revolution war die Geburtsstunde der Vereinigten Staaten von Amerika. Es war jedoch keine Geburt aus dem Nichts. Ihr vorausgegangen war die Existenz sowohl von dreizehn verschiedenen, z. T. über 150 Jahre alten Kolonien mit jeweils eigener Siedlungs- und Wirtschaftsentwicklung, mit abweichenden ethnischen und sozialen Strukturen als auch eine ihnen gemeinsame, sich zunehmend verschärfende politisch-ökonomische Krise. Es gilt für eine Analyse der Amerikanischen Revolution mithin beides zu berücksichtigen, sowohl die langfristig angelegten strukturellen Probleme als auch die kurzfristig wirksamen Ereignisse, die zudem häufig von einem außerhalb der Kolonien liegenden Entscheidungszentrum – von London aus – ihren Ausgangspunkt nahmen und damit der unmittelbaren Einwirkungsmöglichkeit der Kolonisten weitgehend entzogen waren. Um diese Problematik zu verdeutlichen, ist kein historisch-chronologischer Abriss der amerikanischen Kolonialgeschichte erforderlich, wohl aber eine Untersuchung der drei entscheidenden Strukturebenen: der innenpolitisch-kolonialen, der ökonomisch-sozialen und der außenpolitisch-imperialen. Ihre jeweils besonderen Probleme sollen in diesem Zusammenhang aber nur insoweit dargestellt werden, wie sie als Vorbedingungen für die Amerikanische Revolution gelten können.

1. Instabilität der Kolonialherrschaft

Von den strukturellen Vorbedingungen der Amerikanischen Revolution kommt der politischen Ebene die größte Bedeutung zu, da auf ihr bereits jahrzehntelang drei Faktoren wirksam waren, die dann in der entscheidenden Krise des amerikanischen *Ancien Régime* eine politisch durchschlagende Relevanz erhielten: die vergleichsweise große Mitwirkung von Teilen der Bevölkerung an der Verwaltung der Kolonien, die daraus erwachsene politische Erfahrung zumal der späteren revolutionären Elite sowohl im

Umgang mit politischen Gegnern als auch in Rückwirkung auf die Bevölkerung und schließlich der latente und immer wieder vehement aufbrechende politische Konflikt zwischen verschiedenen politisch-sozialen Gruppen innerhalb der kolonialen Oberschicht einschließlich den Vertretern der englischen Krone. Wenn in diesem Zusammenhang das Wort von der Krise des amerikanischen Ancien Régime gebraucht worden ist, so, weil sich das politische System der englischen Kolonialverwaltung durchaus in einer dem französischen Ancien Régime vergleichbaren Krise vor Revolutionsausbruch befand. Jedoch muß mit allem Nachdruck betont werden, daß diese Krise sich gerade darin von der französischen strukturell unterschied, daß die französische revolutionäre Elite von 1789 zuvor keine Periode eigener politischer Praxis erlebt hatte und – sieht man einmal von der kurzlebigen Episode der *Assemblées provinciales* ab – kaum über Erfahrung im Umgang mit politischen Konflikten verfügte. Außerdem war die französische Bevölkerung vor 1789 in wesentlich größerem Maße selbst von rudimentären Formen politischer Partizipation ausgeschlossen, als dies in nahezu allen amerikanischen Kolonien vor 1776 der Fall war.

Die ausgedehnteren Formen der Teilnahme am öffentlichen Leben in den Kolonien wurzelten in erheblichem Maße in deren Entstehung. Die Gründungen im frühen 17. Jahrhundert in Virginia und in Neuengland waren im Gegensatz zu den großen spanischen Besitzungen in Mittel- und Südamerika primär keine Eroberungskolonien, sondern Siedlungskolonien staatlich privilegierter, mit immensen Ländereien ausgestatteter, privater Gesellschaften, deren Bemühungen um Besiedlung und Organisation ihrer Besitzungen erst während der Restaurationsepoche in England (1660 bis 1688) größeres staatliches Interesse zu finden begannen. Angesichts der beträchtlichen Entfernung von England waren daher die ersten Kolonisten, die England nicht im staatlichen Auftrag, sondern in Ausnutzung einer sozialen Ventilfunktion verlassen hatten, weitgehend auf sich gestellt und darauf angewiesen, ihr öffentliches Leben mehr oder weniger autonom zu regeln. Dabei spielten säkulare, der englischen Sozialstruktur entlehnte Ordnungsvorstellungen ebenso eine Rolle wie religiös bestimmte Konzepte der Gemeindeverwaltung.

Obwohl das englische Sektenwesen im Mutterland, verglichen mit der anglikanischen Hochkirche, sozial gesehen eine Neben-

rolle spielte, wurde es in den amerikanischen Kolonien angesichts des weitgehenden Fehlens der etablierten Bischofskirche zu einem das religiöse Leben wie die gesellschaftliche Ordnung prägenden Faktor. Die Kirchengemeinde wurde damit zu der nach der Familie kleinsten Sozialisations-einheit, der geradezu automatisch weitergehende politisch-soziale Funktionen zufielen. So wie diese Sektenkirche sich selber verwaltete, wurde auch im politischen Bereich das Prinzip der gemeindlichen Selbstverwaltung zum konstitutiven Merkmal der im 17. und in der ersten Hälfte des 18. Jahrhunderts rasch wachsenden Zahl kolonialer Ansiedlungen entlang der nordamerikanischen Atlantikküste. Diese Selbstverwaltung, der weder eine mit bischöflicher Autorität auftretende Amtskirche noch ein mit überkommenen Privilegien ausgestatteter Adel politisch gegenüberstand, fand ihr politisches Agitationszentrum in den gewählten Unterhäusern der kolonialen Parlamente oder *Assemblies*, wie sie zumeist genannt wurden.

Diese Unterhäuser sollten entsprechend englischer Praxis eine Art repräsentatives Element in der Verwaltung der jeweiligen Kolonie verkörpern, während die exekutive Gewalt in den meisten Kolonien in der Hand eines vom König ernannten Gouverneurs lag, dem in der Regel ein stellvertretender Gouverneur und ein, häufig vom Gouverneur ausgewählter und vom Londoner Handelsministerium (*Board of Trade*) auf Lebenszeit ernannter, ungefähr zwölfköpfiger Gouverneursrat zur Seite stand, der in Analogie zum englischen Oberhaus als zweite Kammer fungierte und gemeinsam mit dem Gouverneur weitreichende exekutive, judikative und legislative Funktionen besaß. Acht der dreizehn Gründungsstaaten der späteren Vereinigten Staaten (Virginia, Nord- und Südkarolina, Georgia im Süden, Massachusetts und New Hampshire im Norden und New York und New Jersey in der Mitte) waren im 18. Jahrhundert schließlich in dieser Form als sog. »Königliche Kolonien« konstituiert, während drei Kolonien (Pennsylvania, Delaware und Maryland) bis 1775/76 ihren ursprünglichen Status als Eigentümerkolonien (im Besitz der Penn- bzw. der Calvert-Baltimore-Familie) beizubehalten vermochten und Connecticut und Rhode Island in den siebziger Jahren des 17. Jahrhunderts einen königlichen Freibrief erhielten und als sogenannte *Charter-Kolonien* mit weitgehender Selbstverwaltung fortbestanden.

Die *Lower Houses* dieser Kolonien, ob das *House of Burgesses* in